

Donald Trumps Wirtschaftsminister dürfte noch für viel Wirbel sorgen

# Ein Stahllobbyist gegen die ganze Welt



US-Wirtschaftsminister Wilbur Ross will die US-Stahlindustrie abschotten. Nicht zufällig: Er hat im Jahr 2002 die International Steel Group – hier ein Foto aus East Chicago (US-Bundesstaat Indiana) – gegründet. Sie ist heute der größte US-Stahlkonzern.

Foto: rtr

VON STEPHANIE RUPP

NÜRNBERG – Was muss man machen, um herauszufinden, was Europa mit US-Präsident Donald Trump wirtschafts- und handelspolitisch gesehen blühen könnte? „Am besten schaut man sich seine zuständigen Berater an“, sagt Prof. Frank Hoffmeister, Abteilungsleiter in der Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission. Für die Besucher der Nürnberger Sicherheitstagung hat er einen solchen Überblick bereitgestellt – und für einige Aha-Effekte gesorgt.

Etwa mit dem Plan der US-Regierung, die heimische Stahlindustrie durch Abschottung schützen zu wollen – mit der Begründung, dass andernfalls nationale Sicherheitsinteressen bedroht seien. „Da muss man etwas um die Ecke denken, um das zu verstehen“, sagt Hoffmeister. Importe aus aller Welt würden mit Schutzzöllen und Obergrenzen versehen, damit die heimische Stahlindustrie konkurrieren kann. Soweit die wirtschaftliche Komponente der Argumentation. Denn zu viel internationale Konkurrenz könne die US-Stahlproduzenten in den Ruin treiben – das wiederum

würde dazu führen, dass im eigenen Land kein Stahl mehr für das Militär zur Verfügung steht. Soweit die sicherheitspolitische Komponente.

Doch halt, da war ja noch etwas: Was haben nun die angepeilten Schutzmaßnahmen für den Stahl mit den Beratern des US-Präsidenten zu tun? Der aktuelle Wirtschafts- und Handelsminister

Wilbur Ross ist nicht nur ein schwerreicher Investor, der zugleich als einer der finanzstärksten Unterstützer des Trump-Wahlkampfes galt. Der 79-Jährige war auch der führende Sanierungsexperte der Investmentbank Rothschild. Bekannt als „König der Konkurse“ hat er dann 2002 mit seiner eigenen Firma aus insolventen Firmen unter anderem die International Steel Group geschaffen – die wiederum ist heute der größte US-Stahlkonzern. Und insofern hat Ross „deutliche Beziehungen zur US-Stahlindustrie“,



Wilbur Ross

wie es Hoffmeister formuliert.

Dem US-Präsidenten ist es nicht nur ziemlich ernst mit dem Schutz für die Stahlfirmen, er drängt intensiv auf entsprechende Detailpläne. „Über einen Tweet hat der Präsident kürzlich seiner Verwaltung mitgeteilt, dass er Ende Juni Ergebnisse erwartet“, so Hoffmann, der auch internationales Wirtschaftsrecht an der Universität Brüssel unterrichtet.

Neben Ross gibt es noch zwei weitere wichtige Wirtschaftsberater. Der Handelsbeauftragte Robert Lighthizer (69) lässt zumindest ein wenig hoffen, da er kein Politikneuling ist, sondern als Spitzenjurist schon unter Präsident Ronald Reagan tätig war. „Von ihm könnte sich die EU Professionalität und Seriosität erwarten“, so Hoffmeister. Das Problem ist nur: Obwohl sich Lighthizer in dieser Position eigentlich für Liberalisierung einsetzen müsste, gilt er als strikter Kritiker von Freihandelsabkommen.

Doch es geht noch schlimmer: Als derzeit wichtigster wirtschaftspolitischer Berater scheint sich Peter Navarro, Leiter des nationalen Handelsrats, etabliert zu haben. Ihn charakterisiert Hoffmeister als „strikten Merkantilis-

ten“, weil Navarra der Meinung sei, dass Handelsbilanz-Ungleichgewichte schädlich für das Land seien. Der starke Einfluss des Wirtschaftsprofessors Navarra auf Trump habe sich bereits mehr als deutlich gezeigt: im berühmten Interviews des US-Präsidenten, in dem er gesagt hat, die Deutschen seien „bad, very bad“ – weil sie so viele Autos in die USA importieren. Auch eine ausgeprägte Schutzzollpolitik ist Merkantilisten nicht fremd.

Was aber heißt all das für Brüssel? „Wir sind gewarnt“, sagt Hoffmeister. Nach dem ersten Paukenschlag Trumps – dem Rückzug aus dem transpazifischen Handelsabkommen – wurde die Neuverhandlung des Nafta-Abkommens beschlossen und schließlich TTIP auf Eis gelegt. „Das zeigt: Im Freihandelsbereich ist bei Trump nichts zu holen“, sagt der Experte.

Sollte Trump so hohe Schutzzölle beschließen wie angedacht, dürfte ihn das vor das Gericht der Welthandelsorganisation WTO bringen, weil es gegen die WTO-Verträge verstoßen würde. „Auch die EU sollte in Zukunft mehr auf die Stärke des Rechts setzen als auf das Recht des Stärkeren“, sagt Hoffmeister.

Eigene Probleme

## Europa ist als Weltordner zu schwach

VON SIGRUN EIBNER

NÜRNBERG – Darf man einen Festvortrag nutzen, um unbequeme Wahrheiten offen zu benennen? Ursula Münch beweist bei der Nürnberger Sicherheitstagung: Man darf.

Die Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing zeichnet den derzeitigen Zustand der Weltordnung als besorgniserregend. „Die Welt ist in Unordnung“, stellt Münch kurz und bündig fest. Dabei hatte es doch nach dem Fall des Eisernen Vorhangs noch jede Menge Hoffnung gegeben, dass endlich nicht mehr nur das Recht des Stärkeren zählen würde. Doch schnell wurden die völlig konträren Auffassungen sichtbar: Während die Weltmacht USA weiter auf ihre militärische Stärke setzte, wollte Europa einen Weg von Dialog, Verhandlung und Sanktion gehen.

Das Ergebnis dieses Wettstreits ist nach Münchs Analyse ein „liberaler Imperialismus“, der heute die Wurzel vieler Probleme bilde. Fast alle militärischen Interventionen wurden und werden von den USA angeführt, die demzufolge auch die Richtung vorgeben. „Die Amerikaner unterscheiden nur zwischen Freund und Feind“, erklärt die Politikwissenschaftlerin mit dem Hinweis, dass politische und militärische Gegner zudem oft dämonisiert würden. Das mache die Konflikt-



Ursula Münch

lösung noch schwieriger: „Im Krieg zwischen Gut und Böse kann es keine friedliche Lösung geben.“

Die Europäische Union spiele in diesem Kontext nur eine untergeordnete Rolle. „Eine Erfolgsgeschichte sieht anders aus“, sagt Münch mit Blick auf die wachsenden inneren Probleme der Gemeinschaft. Zwar habe die EU als Institution an Bedeutung gewonnen, doch „die Begeisterung ist weg“. Heute teilten die Mitglieder im Grunde nur das Interesse an einem für alle wichtigen Binnenmarkt, über das Verhältnis zur Nato und deren Zielsetzung jedoch herrsche große Uneinigkeit.

Sicherheits  
Tagung 2017

Aus diesem Grund kann Ursula Münch auch nicht den Optimismus teilen, dass ein unberechenbarer US-Präsident die EU enger zusammenrücken lasse. „Das ist eher Wunschdenken“, lautet ihre nüchterne Einschätzung. Schließlich könne politischer Wille allein die Strukturprobleme der Gemeinschaft nicht lösen.

Dazu zählt sie die Flüchtlingspolitik. Deutschlands Linie einer kontrollierten Aufnahme und solidarischen Verteilung von Migranten wird sich nach Einschätzung der Expertin nicht durchsetzen können. „Politiker, die offen für eine Aufnahme plädieren, werden nicht mehr gewählt“, sagt Münch und folgert daraus: „Die EU wird in Zukunft Flüchtlingen noch rigoroser den Zugang verwehren.“ Und weil diese Grenzsicherung für einzelne Mitgliedsstaaten kaum allein zu bewältigen sei, werde dadurch sogar die Existenz der Gemeinschaft legitimiert.

Eingeständnis eines fundamentalen Fehlers

Das zweite, gravierende Problem ist nach Münchs Einschätzung die gemeinsame Währung, die sogar das Potenzial habe, das Projekt der europäischen Integration ganz in Frage zu stellen. Die enorme wirtschaftliche Ungleichheit zwischen südlichen und nördlichen Mitgliedsländern werde durch den starken Euro noch zementiert. Umverteilung, Aufspaltung oder Austritt einzelner Mitglieder als Konsequenz? Münch zufolge lassen sich die Probleme nicht lösen, ohne die Gemeinschaft in eine tiefe, existenzielle Krise zu stürzen. Das Ende der gemeinsamen Währung wäre schließlich das Eingeständnis eines fundamentalen politischen Fehlers.

Eine derart dramatische Lösung wie der Zerfall der Eurozone steht nach ihrer Einschätzung zwar nicht bevor, aber die EU werde sich weiter mühen müssen, den Zusammenhalt zu wahren. Deshalb lautet Ursula Münchs wenig optimistisches Fazit: „Solange die EU mit ihren eigenen Problemen zu kämpfen hat, kann sie der Unordnung in der Welt nichts entgegensetzen.“

Der Präsident und seine ganz eigene Sicht der Welt

## „Für die USA ist Donald Trump ein Totalschaden“

VON SIGRUN EIBNER

NÜRNBERG – Der Atlantische Ozean trennt Europa und die Vereinigten Staaten. Seit dem Amtsantritt von Donald Trump als US-Präsident scheint diese Entfernung noch ein wenig größer geworden zu sein. Schon der Wahlerfolg des selbsternannten Anti-Politikers, aber auch sein Regierungsstil der ersten Monate stellt die Europäer vor Rätsel und befördert die Entfremdung.

Um das Phänomen Donald Trump besser verstehen zu können, ist es nach Ansicht von Holger Janusch notwendig, einen Blick auf den politischen Hintergrund und die Person zu werfen. Der Politikwissenschaftler von der Universität Erlangen-Nürnberg erklärt deshalb zu Beginn seines Vortrags bei der Nürnberger Sicherheitstagung die Strategie, die Trump ins Weiße Haus gebracht hat.

Sein Motto „Make America great again“ komme bei Menschen, die sich wirtschaftlich abgehängt fühlen, bestens an. In Bundesstaaten wie Michigan oder Ohio, wo die rasante Talfahrt von Stahl- und Autoindustrie zu hoher Arbeitslosigkeit und Armut geführt hat, fühlten sich viele Menschen von Trump angesprochen. Seine Prämisse „America first“, die im übrigen keineswegs neu ist, von den Vorgängern nur weniger deutlich ausgesprochen wurde, passt dazu gut.

Im wenig differenzierten Weltbild des Ex-Unternehmers gibt es nur Gewinner und Verlierer. So erklärt Janusch auch den Kampf Trumps gegen das politische Establishment in Washington und den Zwist mit



Liebt die Selbst-Inszenierung: US-Präsident Donald Trump mit Ehefrau Melania (l.) und Vizepräsident Mike Pence und dessen Gattin Karen.

Foto: dpa

Deutschland wegen dessen Handelsüberschuss. Schließlich ist dieser nach Überzeugung des Milliardärs mit schuld an den wirtschaftlichen Problemen der USA.

„Donald Trump kennt keine moralischen Werte“, erklärt Janusch. Materielle Interessen seien bei ihm nicht verhandelbar, Werte wie Freihandel, Demokratie oder Menschenrechte

dagegen in manchem Fall durchaus. Das ist zwar bedenklich, doch nach Überzeugung des Wissenschaftlers nicht gefährlich: „Trump ist kein Ideologe, er kann seine Meinung sehr schnell ändern.“

Für das internationale Ansehen jedoch sei diese Taktik wenig dienlich. „In der Welt verlieren die USA Ansehen und Einfluss. Als Ordnungs-

macht ist Trump für sein Land ein Totalschaden“, erklärt Janusch.

Das mag Matthew Rhodes vom Marshall Center nicht ganz so stehen lassen. Zwar ist der US-Wissenschaftler, der seit 14 Jahren an dem deutsch-amerikanischen Institut für Sicherheitsstudien tätig ist, kein glühender Anhänger des derzeitigen US-Präsidenten, aber ein wenig Verständnis zeigt er schon. Die Frage, warum die USA mehr für die Sicherheit Europas leisten sollen als die Europäer selbst, sei durchaus legitim – und Trump der erste, der sie offen ausspreche.

Von einer Abspaltung sei dabei keineswegs die Rede, auch Trump wisse, dass Europa der wichtigste Bündnispartner der USA sei. Doch vor einer gerechteren Lasten- und Risikoverteilung innerhalb der Nato könnten sich die Europäer nicht mehr länger drücken, sagt Rhodes. „Europa braucht dringend neue Ideen und eine Reform“, ist auch Holger Janusch überzeugt.

Doch wie geht es in den Vereinigten Staaten weiter? Der Wissenschaftler geht davon aus, dass Donald Trump bei der nächsten Wahl nicht mehr antreten wird. „Trump hat doch jetzt schon keinen Bock mehr auf diesen Job“, formuliert Janusch flapsig und erntet damit zustimmendes Lachen der Zuhörer. Wenn es eine Möglichkeit gäbe, einen Rücktritt ohne Ansehensverlust zu bewerkstelligen, dann würde Trump dies wohl tun. Doch wie eine Niederlage darf es für den Erfolgsmenschen Trump nicht aussehen. Deshalb ist Janusch überzeugt, dass Donald Trump seine vier Jahre im Weißen Haus vollenden wird.